

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.

Anzeigen: Die Dreispaltene mm-Jeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Venloer Wall 9.

Fernsprecher Anno 8538. Postfach-Konto Köln 18937.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

Zum 3. Verbandstag.



In der Zeit vom 30. August bis 3. September treten in der Hauptstadt Westfalens, in Münster, die gewählten Delegierten nebst den übrigen Teilnehmern zur Abhaltung des dritten Verbandstages zusammen. Seit der Gründung des Verbandes, der durch Abtrennung der Gemeindearbeiter und Straßenbahner

vom Verbands der Transport- und Fabrikarbeiter zu Ende des Jahres 1912 gebildet wurde und am 1. Januar 1913 ins Leben trat, ist dieses der dritte Verbandstag. Einundeinhalbes Jahr bestand der Verband, als der Krieg ausbrach. Ofters schien es, als wenn er den Krieg nicht überdauern würde. Sechzig bis siebzig Prozent der Mitglieder waren zeitweise eingezogen. Von den sieben Verbandsangestellten waren ebenfalls fünf bis sechs zur gleichen Zeit im Felde.

Doch die alte Treue seitens der Kollegenschaft zur christlichen Gewerkschaftsbewegung versagte nicht, als der Krieg beendet war. Nicht nur die alten Mitglieder kamen fast restlos in den Verband zurück, auch Tausende von neuen stießen zu uns, die trotz Revolution und dem anscheinlichen Sieg des Sozialismus, in der Verwirklichung der von unserer Bewegung vertretenen Ideen, den kulturellen und sozialen Aufstieg der Arbeitnehmer erwarteten.

Aber erst im folgenden Jahre, 1919, konnte der erste Verbandstag in Köln stattfinden. Völlig veränderten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen standen wir gegenüber. Wir haben damals versucht, den Verband diesen veränderten Verhältnissen anzupassen. Doch nur mit teilweisem Erfolge. Die einsetzende Inflation warf die meisten Beschlüsse einfach über den Haufen.

Als dann 1922 der zweite Verbandstag in Würzburg tagte, standen wir mitten in der Inflation. Ein Teil der dort gefassten Beschlüsse, soweit sie die finanziellen Verhältnisse des Verbandes betrafen, mußten nach ein paar Monaten nachher vom Zentralvorstand über den Haufen geworfen werden. Trotzdem hatte der zweite Verbandstag eine große Bedeutung. Die Beschlüsse, den Titel des Verbandes in „Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen“ zu ändern, einen Zusammenschluß mit dem

„Deutschen Verbands für die berufliche Kranken- und Wohlfahrts-pflege“, sowie die Einrichtung von besonderen Fachgruppen, haben sich durch die weitere Entwicklung als richtig und vorteilhaft erwiesen.

Dem dritten Verbandstage stehen neue Aufgaben bevor. Die Inflation ist beseitigt. Es gilt nunmehr wieder auf dem üblichen Wege durch den Verbandstag die Beiträge und Leistungen zu bestimmen.

Das Ermächtigungsgesetz für den Zentralvorstand ist abgelaufen. Unverkennbar setzte in der letzten Zeit die soziale Reaktion mit Gewalt ein. Sie zu überwinden, erfordert die Anspannung aller Kräfte. Diese zu mobilisieren, zusammenzufassen, um das Recht der Arbeitnehmer auf Gesundheit, Muße und Menschentum zu wahren, dafür müssen auf dem Verbandstage die Richtlinien aufgestellt werden. Es müßten auch die Mittel bereitgestellt werden, diese Aufgaben durchzuführen.

Aus diesen kurzen Angaben ist zur Genüge ersichtlich, daß die Lage von Münster Lage ernster, verantwortungsvoller Arbeit sein werden.

Wir wissen wohl, nicht alle Mitglieder sind mit den Erfolgen in den letzten drei Jahren zufrieden. Ihnen allen aber den Beweis von dem ehrlichen aufrichtigen Wollen den sozialen Aufstieg zu erzwingen, muß der dritte Verbandstag durch seine Verhandlungen und Beschlüsse erbringen.

Sich verantwortlich fühlen, mitverantwortlich für die weitere soziale Entwicklung, wird wie auf den bisherigen Verbandstagen, so auch auf dem dritten der Leitstern der Teilnehmer sein müssen. Ehrenamt und Verantwortung sind aber nicht immer angenehme Dinge. Trotzdem sollen und müssen die Verhandlungen

von einem hoffnungsvollen Optimismus getragen werden. Ohne den festen Glauben, das Beste zu tun, ohne den Glauben an die sieghaften Ideen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, die im vergangenen Jahre auf die ersten 25 Jahre ihres Bestehens und Wirkens, aber auch auf große Kämpfe und Erfolge zurückblicken konnte, würde unsere Arbeit eine vergebliche sein.

Möge daher die Arbeit auf dem dritten Verbandstage die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen.

Möge er ein Eckstein im festen Bau unseres Verbandes werden.



Rathaus zu Münster in Westfalen.

Würzburg—Münster.

Auf den zweiten Verbandstag in Würzburg 1922 folgt der dritte in Münster i. W. 1925. Welch ungeheures Geschehen hat in dieser dreijährigen Periode sich vollzogen. Auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht minder im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Schon 1922 war die Inflation stark. In den ersten sechs Monaten war die Mark nur um die Hälfte gesunken. Vom Juli ab ging es schnell abwärts. Die Ermordung Rathenaus, die am 22. Juni erfolgte, hatte den schwachen Rest von Hoffnung auf Deutschlands Wiedergeburt völlig vernichtet. Am 1. Juni 1922 galt der amerikanische Dollar 272,15 Mark, am 1. Juli 401,49 Mark, am 1. August 643,19 Mark, am 1. September 1298 Mark. So stark war damals der Eindruck dieser raschen Geldentwertung, daß besorgte Gemüter rieten, den Verbandstag nicht abzuhalten. Er wurde aber abgehalten, und es war gut, daß es geschah, denn in der nachfolgenden Zeit, insbesondere im folgenden Jahre, wäre es gänzlich unmöglich gewesen. Hatte doch die am 11. Januar 1923 erfolgte Ruhrbesetzung und der im Anschluß daran proklamierte passive Widerstand die Inflation auf die Spitze getrieben. Wilde Spekulation auf der einen, Hunger und Verzweiflung auf der anderen Seite waren die Begleiterscheinungen dieser Periode. So hatten die politischen Ursachen und Vorgänge unlagbar starke wirtschaftliche Wirkungen schlimmster Art im Gefolge. Eine der schlimmsten war die Schwächung der Gewerkschaften, sowohl zufolge des Mitgliederverlustes, insbesondere aber zufolge der finanziellen Zerrüttung durch die Inflation. Das machten sich die Arbeitgeber zunutze. Sie, die Anfang des Jahres mit den Arbeitern eine gemeinsame Abwehrfront gegen die fremde Soldateska bildeten, nahmen nach Abbruch des passiven Widerstandes scharfe Stellung gegen die Arbeiterschaft ein. **Gemeinsame Interessen** gab es nun für sie nicht mehr. In der einseitigsten Weise wurden jetzt die Arbeitnehmerinteressen hervorgehoben und vertreten. Die erste Forderung lautete auf Verlängerung der Arbeitszeit wie in der Vorkriegszeit; die zweite: **Schluß** mit den Lohn-erhöhungen; die dritte: **Schluß** mit der Sozialpolitik.

Was Wunder, wenn über solch einseitiger Interessenpolitik die erst Ende 1918 gebildete Arbeitsgemeinschaft zerbrach. Die damals hierauf gesetzten Hoffnungen, daß sie das unvergängliche Symbol der Gleichberechtigung der beiderseitigen Wirtschaftsfaktoren sein werde, wurden bitter enttäuscht. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat seitdem eine merkwürdige Trübung erfahren. Das ist eine schmerzliche Feststellung; aber sie muß gemacht werden. Es hat keinen Zweck, vor Tatsachen die Augen zu verschließen. Wir haben weiter festzustellen, daß die Arbeitgeberverbände in den letzten Jahren eine erhebliche Stärkung erfahren haben. Das braucht uns an und

für sich nicht zu grämen. Aber die Folgewirkung scheint sich in einer Ueberspannung des Machtgefühls zu offenbaren, denn immer energischer wendet man sich gegen die Arbeitnehmerforderungen und immer entschiedener sucht man dem eigenen Standpunkt Geltung zu verschaffen. Der Aufstieg der Arbeitnehmerschaft zur vollen Gleichberechtigung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft soll gehemmt oder gar völlig unterbunden werden. Das ist das Ziel, das mit eisernem Willen verfolgt wird. Der Kampf um die Gleichberechtigung war bisher schon hart und schwer. Er wird es in Zukunft nicht minder sein. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden und uns dementsprechend einstellen.

Die Würzburger Beschlüsse wurden unter dem Eindruck der damals herrschenden inflationistischen Verhältnisse gefaßt. Das galt namentlich für die Höhe der Beiträge und Unterstützungen. In Münster wiederum muß den veränderten stabilen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Die Anträge des Zentralvorstandes dürften wohl das Richtige treffen, da sie zum Teil schon praktisch erprobt sind. So wichtig Unterstützungs-einrichtungen für die Kollegenschaft sein mögen, sie bilden nicht den Hauptzweck des Verbandes, sondern nur einen Neben Zweck. Das haben weite Mitgliederkreise auch erkannt. Daher auch teils Anträge auf völlige Abschaffung der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Das erste und wichtigste ist die Schaffung eines starken Kassensfonds. Sind starke Mitgliederzahlen eine notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit einer gewerkschaftlichen Organisation, so sind dies aber noch um so mehr gute Kassenverhältnisse. Darauf ist der größte Nachdruck zu legen. Wir müssen dahin streben, ein Hauptkassenvermögen von mindestens 20 Mark pro Mitglied zu erreichen. Im gegenwärtigen Augenblick sind es etwa 5 Mark.

In Zukunft werden wir uns auch in stärkerem Maße mit **Bildungsaufgaben** befassen müssen. Dazu fehlten in den letzten Jahren Zeit, Mittel und Kräfte. Diese Uebelstände sind jetzt behoben. Wir werden zunächst die Allgemeinbildung fördern müssen, insbesondere die Verbreitung volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Kenntnisse. Im gleichen Maße muß aber auch die Vertiefung der beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten gefördert werden. Vorträge, Kurse, Bibliotheken, die Verbandszeitungen, Fachgruppenkonferenzen sollen diesen Zwecken dienen. Die Verbandszeitungen müssen weiter ausgestaltet werden, weniger dem Umfang als dem Inhalte nach. Kosten für die Heranziehung geeigneter Mitarbeiter dürfen nicht gescheut werden.

Verbandstage sollen der Prüfung der bisher geleisteten Arbeit dienen und Richtlinien aufstellen, Wege und Ziele weisen der zukünftigen Arbeit. Möge Münster nach beiden Richtungen die auf diese Tagung gestellten Erwartungen erfüllen. **D.**

Rückblick.

An einer überaus schweren Zeit tritt unser diesjähriger Verbandstag zusammen, um über die zukünftige Gestaltung des Verbandes zu beraten. Als vor drei Jahren der zweite Verbandstag in Würzburg tagte, hatten wir die Hoffnung, daß Deutschland und seine Wirtschaft wohl auf der untersten Sohle des Tiefstandes angelangt sei. Die Auswüchse der Revolution waren größtenteils überwunden. Die neue Staatsgewalt hatte sich soweit gefestigt, um mit Erfolg offenen Aufbruch, während dem das wirtschaftliche Leben nicht gelähmt, entgegenzutreten und im Keime zu ersticken. Verhandlungen mit den Ententemächten ließen Hoffnungen auf Ver-

ständigung und gemeinsamen Wiederaufbau der Nationen aufkommen. Optimisten sahen bereits den Silberstreifen am Horizont des politischen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands.

Den Arbeitnehmern, nicht auch zuletzt den sozialistischen gesinneten, war zum Bewußtsein gekommen, welche Bedeutung ein gesundes Staatswesen, eine florierende Wirtschaft für die sozialen Verhältnisse hat. Der Wille zur Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens war durchaus vorhanden. Daran ändern auch die Uebergriffe und das Verhalten der Kommunisten nichts. Wenn es trotzdem auf der schiefen Ebene weiter bergab gegangen ist, dann tragen hierfür die

Ententemächte und jene Kreise von Deutschen, die die Gelegenheit benutzten, aus der Not des Vaterlandes horrenden Gewinne zu ziehen, die Schuld.

Die widerrechtliche Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch Frankreich und Belgien und der durchaus gerechtfertigte passive Widerstand dagegen brachten die wirtschaftlichen Kräfte in diesem Hauptindustriegebiete fast vollständig zum Erliegen. Die Folgen hiervon auf die geschwächte Währung waren geradezu katastrophal. „Rette sich, wer kann“ wurde die Parole. Alles was noch irgend Vermögen hatte, flüchtete in Sachwerte und Devisen und wer hierbei nicht mitleid, wurde fast vollständig enteignet. Eine Besteuerung des Volkes, wie sie in ihrem Ausmaße, aber auch in ihrer Ungerechtigkeit in der Geschichte bisher kein Vorbild hatte.

Zu der Besteuerung im Betrage von 10 Prozent des Lohnes oder Gehaltes, die in ihrer damaligen Form fast nur die Arbeitnehmer zur Einkommensteuer verpflichtete, kam noch die Besteuerung durch die Inflation, die zeitweise innerhalb einer Woche bis zu 40 Prozent den Lohn fortgesteuert hatte, bevor er am Lohntage zur Auszahlung kam. Der Wille zum Wiederaufbau der Wirtschaft wurde fast erstickt in der Sorge ums tägliche Brot. Nicht zuletzt traf diese Geldentwertung auch unsere Arbeitgeber, die Gemeinde- und Provinzialverwaltungen nebst Straßenbahndirektionen. Schneller wie sich die Steuern, Gebühren und Tarife nominell erhöhen ließen, liefen ihnen die Zahlen auf den Papierfetzen davon. Auf der anderen Seite stehen aber auch erhebliche Inflationsgewinne der Gemeinden. Schon das städtische Notgeld ist fast restlos mit ein paar hundert Goldmark wieder eingelöst worden.

In der Verbandstätigkeit standen daher bis Ende 1923 zwei Aufgaben im Vordergrund, durch die alle anderen fast vollständig in den Hintergrund gedrängt wurden. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung. Mehr wie je zuvor mußte der Nominallohn möglichst dem Reallohn angepaßt werden. Nur unvollkommen ist diese Aufgabe gelöst, trotz der größten Anstrengungen. Während zu Anfang des Jahres 1921 die Lohnsätze noch eine Laufzeit von einem bis zu drei Monaten hatten, ging dieselbe mit der Zeit ununterbrochen zurück. Ende 1923 wurden Lohnsätze auf die Dauer bis zu einer Woche, ja bis zu drei Tagen herab abgeschlossen. Praktisch kamen die Gewerkschaften aus den Lohnverhandlungen nicht mehr heraus. Aufstellung von Forderungen, Einreichung derselben, Verhandeln mit den Arbeitgebern, bildeten eine ununterbrochene Kette, wo das erste Glied sich an das des vorhergehenden Abschnittes eng angeschlossen.

Daneben mußte der Verband auch auf seine Weiterexistenz bedacht sein. Trotz der anfangs noch steigenden Mitgliedsziffern verlor er den finanziellen Boden unter den Füßen und lebt nur noch — genau wie die Mitglieder in ihrem Haushalte — fast buchstäblich von der Hand in den Mund. Die Beschlüsse des Würzburger Verbandstages mußten daher, soweit sie die finanzielle Grundlage des Verbandes betrafen, außer Kraft gesetzt und durch den Zentralvorstand der Entwicklung angepaßt werden.

Noch die Bemühungen, den Verband über die schwere Krise hinwegzuführen, waren nicht ohne Erfolg, durften nicht ohne positiven Erfolg bleiben, wenn nicht die Arbeitnehmer, die Verbandsmitglieder, nach Eintritt der stabilen Währung schuflos dem Kapital gegenüberstehen sollten.

Wie notwendig die Arbeitnehmer einen Schutz ihrer berechtigten Belange brauchen, zeigte uns die Entwicklung der sozialen Verhältnisse nach Einführung einer stabilen Währung. Jetzt, nachdem die Inflationsgewinne in Industrie und Gewerbe aufhörten, auch die öffentlichen Körperschaften ihre Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang bringen mußten, wurde mit Gewalt versucht, die drückenden Lasten des verlorenen Krieges, des Friedensvertrages und des Londoner Abkommens auf die Schultern anderer abzuwälzen. So langsam sich während der Inflation die Nominallöhne der Geldentwertung angepaßt hatten, so schnell sollten sie nunmehr auf den Friedensstand in Goldwährung herabgedrückt werden. Die Preise und

damit die Kosten der Lebenshaltung, im gewissen Sinne die nackten Selbstkosten der Arbeitnehmer, aber hielten den Weltmarktpreis, der durchweg 50 Prozent über dem Friedensstand lag, bei.

Im Arbeitgeberlager, manche öffentliche Körperschaft als Arbeitgeber nicht ausgeschlossen, regte sich wieder der alte Scharfmachergeist. Die kapitalistische Auffassung vom Zwecke des Wirtschaftslebens gewann wieder Einfluß im öffentlichen und politischen Leben. Ein Teil der Presse vom Großkapital durch die Besitzverhältnisse beim Verlag kontrolliert, beeinflusste die öffentliche Meinung zu Ungunsten einer wirklich sozialen Gesinnung. Einig und geschlossen stand das Unternehmertum in ihren gefestigten Verbänden, der Staatsgewalt sowohl wie den Arbeitnehmern gegenüber. Sturm wurde gelaufen gegen die sogenannten Ueberbleibsel der Revolution, den Achtstundentag, die Anerkennung der Gewerkschaften nicht nur als Vertreter der Arbeitnehmer beim Arbeitsvertrage, sondern auch als gleichberechtigter Faktor der Wirtschaft. Sturm lief die scharfe Richtung im Arbeitgeberlager gegen den Tarifvertrag und das geschliche Einigungs- und Schlichtungswesen. Wieder unbeschränkter Herr sein im Betriebe, nicht nur über die toten Gebäude, Maschinen und Werkzeuge, sondern auch über den zweiten Faktor der Produktion, der lebenden Arbeitskraft, dem Menschen im Betriebe, war ihr Bestreben. Die materialistische Auffassung von dem Zwecke der Wirtschaft, die immer wieder als die naturnotwendigen Gesetze derselben hinzustellen versucht wurden, offenbarte sich bei diesem Vorgehen in einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit, die eine ernste Gefahr nicht nur für die soziale Verständigung, sondern auch für die nationalen und kulturellen Güter der Nation werden kann.

Verschiedene soziale Fortschritte sind diesem Anstrome bereits zum Opfer gefallen. Die Verordnung über den Achtstundentag fiel und wurde ersetzt durch eine Verordnung, die zwar grundsätzlich die Berechtigung des Achtstundentages bejahte, aber soviel Ausnahmen gestattete, daß praktisch die Regelung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeitnehmer entweder der freien Vereinbarung durch Tarifvertrag oblag, oder aber, wo die Gewerkschaften sich als zu scharf erwiesen, einfach vom Unternehmer diktiert wurde.

Wenn hinsichtlich der Lohngestaltung nicht alle Wünsche der Arbeitgeber in Erfüllung gegangen sind, ihr Plan fast die gesamten Reparationsverpflichtungen auf die Konsumenten und Arbeitnehmer abzuwälzen nicht restlos durchgeführt werden konnte, dann ist dieses nicht das geringste Verdienst der Gewerkschaften. Ein Erfolg, mag er uns auch keinen Schritt auf dem Wege des sozialen Aufstieges weiter gebracht haben, dann doch wenigstens ein erhebliches Zurücksinken bisher verhinderte.

Wir stehen gegenwärtig am Scheidewege. Die nächsten Monate werden dafür entscheidend sein, ob der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft durch die mechanischen Mittel der schematischen Verlängerung der Arbeitszeit, des rohen Lohndruckes versucht werden wird, oder aber durch Beseitigung des Leerlaufes, Senkung der Preise, Einschränkung des arbeitslosen Einkommens, technischen Fortschritt und bessere zweckentsprechende Durchorganisation der Betriebe.

Die Ueberlegenheit der ausländischen Industrie ist, wenn auch nicht vollständig, so doch zum guten Teile auf diese Dinge zurückzuführen.

Der Konkurrenzkampf zwischen Maschine und Arbeitnehmer muß zugunsten des letzteren entschieden werden. Solange eben die menschliche Arbeitskraft billiger ist, die Löhne sich billiger stellen, wie die Verzinsung und Tilgung der Anschaffungskosten für neuzeitige technische Einrichtungen, die die Produktion trotz hoher Löhne verbilligen, werden wir vergeblich auf durchgreifende Umstellungen der Wirtschaft nach sozialen Gesichtspunkten warten. Aus diesem Grunde allein rechtfertigt sich das Bestreben der Gewerkschaften, trotz allen Jammern der Industrie die Löhne zu erhöhen.

An unseren Arbeitgebern ist die soziale Umstellung der privaten Unternehmer nicht spurlos vorübergegangen. Mit kleinen Abweichungen sind auch sie in sozialen Fragen den

Weg der privaten Arbeitgeberverbände gegangen. Ob dieses ihrer inneren Ueberzeugung entspricht und inwieweit der Einfluß und der ausgeübte Druck auf die öffentlichen Körperschaften diese zur größten Zurückhaltung veranlaßt hat, kann dahin gestellt werden. Die Tatsache, daß sich Gemeinde- und Provinzialverwaltungen, von den Straßenbahndirektionen ganz zu schweigen, heute in Arbeiterfragen im Schlepptau der privaten Industrie befinden, ist nicht mehr abzutreiten.

Wiederholt ließen sich bei den Lohn- und Tarifverhandlungen die Feststellungen machen, daß eine Reihe von sozial fortschrittlich eingestellten Gemeinden bereit waren, Zugeständnisse zu machen, aber durch die übrigen und den Arbeitgeberverband daran gehindert wurden. So bedeutungs-

voll die einheitliche Regelung durch den R. M. T. auch sein mag, unseres Erachtens nach aber darf der R. M. T. nicht der Vorkuh sein, an dem der Wille mancher Gemeindeverwaltungen zum sozialen Fortschritt abprallt. Wenn es nicht möglich ist, alle Verwaltungen zu den fortschrittlich eingestellten hinaufzuziehen, dann muß eben für diese der Weg frei gemacht werden für örtliche oder bezirkliche Vereinbarungen. Der bevorstehende Verbandstag wird zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen müssen.

Wie vorstehend bereits hervorgehoben, befinden wir uns gegenwärtig gewissermaßen am Scheidewege der sozialen Entwicklung. Aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, ist ein Gebot der Klugheit.

Unsere Beamtenfachgruppe.

Wenn es vor 3 Jahren bei uns noch Mitglieder gab, die eine Beamtenfachgruppe im Verbands für überflüssig hielten, so werden wir wohl heute ähnliches nicht mehr feststellen können. Die Entwicklung hat gezeigt, daß ein Verband, wie der unsrige, mit den verschiedenen Arbeitsverhältnissen rechnen muß. Der Arbeiter, der ins Angestelltenverhältnis kommt, darf uns ebenso wenig verloren gehen, wie der Angestellte, der ins Beamtenverhältnis aufrückt. Wäre es anders, würde der Organisationsbereich unseres Verbandes eine Verringerung erfahren müssen.

Die Gruppe der Verkehrs- und Betriebsbeamten bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist die Keimzelle unserer Beamtenfachgruppe. Sie hat im Laufe der letzten 2 Jahre eine bessere organisatorische Zusammenfassung erfahren durch die Schaffung des besonderen „Verbandes Deutscher Verkehrs- und Betriebsbeamten“ als Untergruppe des Zentralverbandes und durch die Herausgabe der Zeitschrift „Beamten-Rundschau“. Auch die alten Verbandsjahrgänge entsprachen der sich sehr gut entwickelnden Fachgruppe nicht mehr ganz, sodaß hier besondere Saktionen geschaffen werden mußten. Durch diese organisatorischen Einrichtungen ist unserer Beamtenfachgruppe der Weg geebnet, ein starker Zweig an unserm Verbandsbaum zu werden.

War das alles notwendig? Auf diese berechnete Frage soll etwas näher eingegangen werden. Wir hatten innerhalb des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ keinen Kommunalbeamtenverband, sodaß hier der „Kombi“ und später die sozialdemokratische „Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten“ die einzigen Verbände waren, die für Kommunalbeamte und Angestellte in Frage kamen. Da aber die christlich eingestellten Beamten und Angestellten der kommunalen Betriebe, die zum größten Teil auch aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen waren, auf organisatorischen Zusammenschluß drängten, schufen wir den „Verband der Kommunalbeamten und Angestellten“. Dieser Verband entwickelte sich sehr gut. Als aber die Frage immer brennender wurde, wo denn die kommunalen Verwaltungsbeamten hingehörten, da entschloß sich die Zeitung des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ zu entscheiden, daß für die Kommunalbeamten nunmehr der Reichsverband deutscher Büro- und Behördenangestellter die zuständige Organisation sei. Wir mußten aus diesem Grunde eine ganze Anzahl von kommunalen Verwaltungsbeamten abtreten, bekleideten aber selbstverständlich die Verkehrs- und Betriebsbeamten. Es hat für eine machtvolle christliche Kommunalbeamtenbewegung zu lange gedauert, bis der Reichsverband deutscher Kommunalbeamten“ aus der Taufe gehoben

wurde. Ob hier das Versäumte in Bälde eingeholt wird, erscheint zum mindesten sehr fraglich.

Durch die Verschmelzung des Krankenpflegerverbandes mit dem Zentralverband wurde die Zahl der Beamten in unserm Verbands wesentlich größer. Vorübergehend zählte unsere Beamtenfachgruppe an 4000 Mitglieder.

Man hat sich in letzter Zeit des öfteren mit der Frage beschäftigt, ob es nicht richtiger wäre, wenn wir im „Deutschen Gewerkschaftsbund“ eine allgemeine Kommunalbeamten-Organisation hätten, in der die Verwaltungs- und die Verkehrs- und Betriebsbeamten geschlossen zusammengehen. Der Gedanke hat viel für sich. Aber die Praxis sagt viel dagegen. Gehen wir von der Tatsache aus, daß die Stellung der Verkehrs- und Betriebsbeamten in der Kommune eine andere, aber keine bessere ist als die des Verwaltungsbeamten — und wer wollte das bestritten — dann ist es für beide Teile richtiger, wenn sie getrennt marschieren, aber — soweit es möglich ist — vereint schlagen. Auch daran soll man nicht achtlos vorübergehen, daß der Verkehrs- und Betriebsbeamte mit wenigen Ausnahmen aus dem Arbeitsverhältnis hervorgegangen ist und hier eine gewerkschaftliche Bindung mitbringt, die man auch in Beamtenverbänden sehr gut gebrauchen könnte.

Wir halten nach wie vor fest an einer getrennten Organisation der Kommunalbeamten, zumal auch die Entwicklung des Reichsverbandes deutscher Kommunalbeamten“ noch viele Fragen offen läßt.

Diese wenigen Andeutungen über unsere Beamtenfachgruppe lassen schon erkennen, daß seit Würzburg bedeutungsvolle organisatorische Fortschritte gemacht worden sind. Es wird unsere Aufgabe sein müssen, in allen größeren Städten starke Ortsgruppen der Verkehrs- und Betriebsbeamten zu schaffen, um größeren Einfluß ausüben zu können. Das wird um so nötiger sein, als die Kommunalverwaltungen in der Zukunft den Verkehrs- und Betriebsbeamten weit mehr in Anspruch nehmen wird als das bisher der Fall war.

Der Gesamtverband Deutscher Beamtenfachgruppen, dem unsere Fachgruppe angeschlossen ist, hat als Spitzenorganisation unsere Wünsche und Forderungen nach der beamtenrechtlichen und besoldungspolitischen Seite hin mit Energie vertreten.

An uns selbst aber liegt es, die weitere Stärkung unserer Fachgruppe durch unermüdbare Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes herbeizuführen. Das gilt sowohl den Beamten in den Verkehrsbetrieben, als auch den Beamten in der beruflichen Kranken- und Wohlfahrtspflege, deren beamtenrechtliche Vertretung durch die Beamtenfachgruppe erfolgt.

Unser warten noch sehr viel Aufgaben. Darum lege jeder mit Hand ans Werk.

Unsere Fachgruppe „Kranken- und Wohlfahrtspflege“.



rei Jahre sind seit dem Würzburger Verbandstag ins Land gegangen. In der Geschichte des christlich organisierten deutschen Pflegepersonals wird der 5. September 1922 ein bedeutungsvoller Tag bleiben. Bis dahin war der Krankenpflegerverband selbständig. Und wenn auch damals vieles nicht nach Wunsch und Willen ging, so hat er sich doch durchgekämpft und durchgerungen und die Eigenart des Pflegeberufes gehütet und geschützt; auch zu einer Zeit, wo der Egalisierungsgedanke weite Schichten unseres Volkes befallen hatte. Das darf ihm nie vergessen werden. Wir waren ein eigenartiges Völkchen und werden es wohl auch immer bleiben. Das liegt im Beruf. Und daraus erklärt es sich auch, daß wir bei der Aufgabe unserer Selbständigkeit nicht so begeißert und mit wehenden Fahnen auf unserem kleinen Boot in den „Kölner Hafen“ eingefahren sind, wie man es vielerorts gern gesehen hätte. Nun, die Hauptsache ist, wir sind eingefahren und segeln nun schon 3 Jahre lang auf dem großen Dampfer „Zentralverband“ durch die deutsche Arbeitnehmerbewegung.

Heute liegt die Frage nahe: Hat unser Krankenpflegerverband gut daran getan, als er am 5. September 1922 seine Selbständigkeit aufgab und Glied des Zentralverbandes wurde? Diese Frage kann ohne Bedenken bejaht werden; schon deswegen, weil wir während der vergangenen 3 Jahre eine Geldentwertung durchgemacht haben, die uns als kleiner Verband wohl ziemlich sicher über Bord gespült hätte. Das ist aber nur die eine materielle Seite.

Weit mehr Bedeutung hat die Tatsache, daß die organisatorische Ausdehnung und Festigung unserer Fachgruppe Fortschritte gemacht hat, die man ohne Aenderung der Organisationsform wohl kaum erreicht hätte. Allerdings, für manches unserer programmatischen Ziele mußte das Tempo verlangsamt werden. Aber bei einer Gesamtbeurteilung kann doch gesagt werden, daß wir ein gut Stück vorangekommen sind.

Wenn wir trotz des scharfen Personal-Abbaus — der die Kranken- und Wohlfahrtspflege auch nicht verschont hat — unseren Mitgliederbestand ziemlich erhalten haben und uns jetzt wieder in aufsteigender Linie befinden, so war das nur möglich, weil die Verbandsbeamten in den einzelnen Bezirken an den Abbauberatungen teilnehmen konnten und mithelfen, besondere Härten zu vermeiden. Wir wären als kleiner Verband nicht in der

Lage gewesen, bei den vielen Fällen so einzugreifen, wie es geschehen ist.

Auch das Besoldungspergeseß hat ungezählte Verhandlungen mit den Direktionen und oberen Verwaltungsinstanzen notwendig gemacht, durch die unsere Verbandsbeamten stark in Anspruch genommen wurden.

Noch nicht ganz so ausgewirkt, wie wir es erwartet haben, hat sich die Entlastung der Fachgruppenleitung von einer ganzen Menge Kleinarbeit. Der Fachgruppenleiter kann infolge dieser Entlastung die Zeit, die er früher vielfach für Abrechnungs- und Versandarbeiten verwenden mußte, benutzen, die Berufslage eingehend zu studieren und die Entwicklung auf dem Gebiete der Kranken- und Wohlfahrtspflege zu verfolgen. Das ist geschehen und wird noch weiter geschehen müssen. Die Verbandszentrale in Köln konnte so manche organisatorischen Mängel, die in den einzelnen Bezirken auftraten, durch Anweisungen an die Verbandsbeamten verhältnismäßig schnell beheben, ohne persönlich eingreifen zu müssen. Die Erfahrungen in den einzelnen Bezirken bei Bewegungen und großen Aktionen mit den Behörden konnten besser ausgewertet werden als früher. Ueberhaupt war die Zusammenarbeit eine erfreuliche, was auch befruchtend auf die Ausdehnung und Festigung unserer Fachgruppe gewirkt hat.

Es soll hier nicht eine chronologische Aufzählung aller Vorteile stattfinden, die für unsere Fachgruppe durch die neue Organisationsform eingetreten sind. Das würde weit über den Rahmen dieser Zeilen hinausgehen und ist auch aus mancherlei Gründen nicht nötig, sondern wir wollen anerkennen, daß unser Würzburger Beschluß richtig war. Und wenn wir auch nicht immer mit allem restlos einverstanden gewesen sind, was geschehen ist, so kann uns das nicht irgendwie beeinflussen. Wir sind ja nicht Gäste im „Zentralverband“, sondern gleichberechtigte Mitglieder. Und je stärker wir das gemeinsame Band, das uns umschlingt, bewußt fühlen und das ernste Bestreben haben uns noch mehr in den neuen Verbandsrahmen einzuordnen, um so mehr Erfolg wird uns auch beschieden sein.

Wir marschieren in der jetzigen Verbandsform mit einer starken Seite- und Rückenbedeckung. Und das gibt uns die Hoffnung, daß die Fachgruppe sich weiterhin gut entwickeln wird. Die Vorbedingungen sind erfüllt. Der Aufgabenkreis wächst. Darum mit neuem Mut an die Arbeit.

Willkommen in Münster.



in herzlichem Willkommen in Münster sicherte uns der Vertreter dieser Ortsgruppe auf dem Würzburger Verbandstage zu, als die Hauptstadt der roten Erde als Tagungsort für den nächsten Verbandstag in Vorschlag gebracht wurde. Daß diese Zusicherung keine leere Höflichkeitsformel war und als solche sich nicht erweisen wird, dafür bürgt die zwar ansangs dem Fremden gegenüber etwas verschlossene, aber im Grunde treue und ehrliche Art der Westfalen, zumal der Münsterländer.

Zur ernstlichen, verantwortungsvollen Arbeit tritt der dritte Verbandstag in diesem Jahre zusammen. Dazu scheint Münster der geeignete Ort zu sein. Obwohl die Stadt über 100 000 Einwohner zählt und zu den Großstädten gerechnet werden muß, unterscheidet sie sich doch wesentlich von den übrigen Großstädten Westfalens, wie Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen usw. Nicht der nüchternen, nur auf das Zweckmäßige, auf Gewinn gerichtete Sinn der übrigen Großstädte beherrscht das

Stadtbild dieses Ortes. Fortschritte der Neuzeit in harmonische Verbindung mit einer alten Kultur gebracht zu haben, ist jedenfalls ein Verdienst, dessen sich die Münsteraner mit Recht erfreuen können.

Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung will nicht eine rein wirtschaftliche Bewegung sein, um den wirtschaftlichen Fortschritt seiner selbst wegen zu erringen. Dieser soll uns als Mittel dienen, um den Mitgliedern die Teilnahme an den kulturellen Gütern in weiterem Umfange zu ermöglichen. Deshalb versucht der echte Gewerkschaftler alle Zeichen, die eine Verbindung des alten Guten mit neuzeitigen Anforderungen des Wirtschaftslebens darstellen, zu verstehen und zu würdigen. Der Tagungsort hat dafür eine Reihe von guten Beispielen aufzuweisen.

Münster gehört zu den ältesten Städten Deutschlands. Ihre Gründung fällt in das Jahr 791, wo Karl der Große dem Bischof Ludgerus den Auftrag erteilte, den noch heidnischen Gau Westfalen zu christianisieren. Dieser legte zu Anfang des 9. Jahrhunderts den Grundstein zum Kloster

und Ort Minigardefort. Die Klostergebäude und der vom Gründer erbaute Dom sind nicht mehr vorhanden. Anfangs des 12. Jahrhunderts wurde der Dom (Münster war inzwischen Bischofsitz geworden) und die zugehörigen Wohnhäuser der Domgeistlichkeit mit einer Mauer und Gräben umzogen, außerhalb deren sich die Handwerker, Bauern und Kaufleute ansiedelten. In der Mitte des nämlichen Jahrhunderts erfolgte sodann der Bau der Stadtmauer mit ihren Türmen und Zinnen. Der Grundriß dieser Befestigung, von der noch einige Reste stehen, ist durch den Lauf der heutigen Promenade deutlich zu erkennen.

Wie in allen Burgen (Städten) fanden auch hier im Mittelalter heftige Kämpfe zwischen dem Bischofe einerseits, den Patriziergelechtern, den Zünften und Bürgern andererseits statt. Das mündig gewordene Bürgertum erstrebte die Selbstverwaltung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Mit wechselndem Erfolge. Noch im Jahre 1661 gelang es dem kriegerisch veranlagten Bischofe Bernard von Galen noch einmal, die Oberhand zu gewinnen. Er löste die Organisation der Bürgerschaft, die Gesamtgilde, auf und ließ an dem Gildenhause die geflügelten Worte anbringen: „Schuster bleib bei deinem Leisten“. Schließlich aber mußte doch der Krummstab seine weltliche Macht aufgeben. Der jahrhundertlange Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerschaft war zugunsten der letzteren entschieden.

Von dem Wechsel der Zeiten reden auch die recht zahlreichen sogenannten Adelshöfe, die heute zum Teil nicht mehr der ursprünglichen Bestimmung dienen oder aber wie Zeugen aus einer anderen Zeit in unsere Tage träumerisch hineinragen. Fast sämtliche Adelsgeschlechter des Münsterlandes schufen in der Hauptstadt eigene Absteigequartiere, in denen sie sowohl bei festlichen Veranstaltungen wie auch zu Beratungen zusammenkamen. Zu beidem hatten sie als Vasallen der Landesherren und seiner Willensvollstrecker oftmals Gelegenheit.

Die neue Zeit hat hiermit ausgeräumt. Die Reste dieser alten Vorrechte sind durch die Weimarer Verfassung beseitigt. Wenn bis zur Revolution die Befehle der höchsten Regierungsstellen fast nur durch Adelige erfolgte, so war dieses der Rest der früher innegehabten Vorherrschaft. Verständlich ist es daher, wenn vor einigen Jahren der neue Oberpräsident der Provinz, der nicht der alten Sippe, sondern dem Arbeiterstande entstammte, nicht allzu gastlich von diesen und einem spießbürgerlichen Bürgertum aufgenommen wurde. „Freie Bahn dem Tüchtigen“ — aber nur, wenn er durch Geburt zum Regieren „berufen“ war. Mit aller Deutlichkeit wird durch diese Kämpfe der Arbeitnehmerschaft gezeigt, daß ein neuer Stand niemals die Anerkennung der Gleichberechtigung freiwillig entgegengebracht bekommt. Sie muß in jahrzehnten-, ja jahrhundertelangen Kämpfen errungen werden. Der endgültige Sieg aber bleibt nicht aus, wenn der neue Stand die sittlichen Kräfte aufzubringen vermag, um die bisher herrschenden verbrauchten Stände aus dem Sattel zu heben.

Doch lehren wir nach dieser kleinen Abschweifung zur Geschichte der Stadt zurück. Eine der dunkelsten Stellen in der deutschen Geschichte sind die Irrungen des menschlichen Geistes im Mittelalter. Im Gegensatz zur heutigen Zeit, wo die Kriege meist ihre Ursache in den wirtschaftlichen Gegensätzen haben, waren es damals die religiösen Wirren. Im Friedenssaale des Rathauses zu Münster ist am 24. Oktober 1648 der Westfälische Friede geschlossen worden, durch den der Dreißigjährige Krieg, der Deutschland zu einem Trümmerhaufen gemacht hatte, beendet wurde. Die Bildnisse der Gesandten, die während der Friedensverhandlungen, die volle sieben Jahre dauerten, in Münster weilten, hängen noch heute im Friedenssaale, der überhaupt noch das Gepräge der damaligen Zeit trägt.

Ein Blick vom Prinzipalmarkt aus auf den schlanken Turm der Lambertiikirche zeigt uns einen weiteren Zeugen aus der Zeit der geistigen Irrungen. Hoch oben am Turme hängen drei eiserne Käfige, in denen die Leichname der

Führer der Wiedertäufer zur Schau gestellt worden sind. Diese, Johann von Leyden, Knipperdolling und Kresting, die ein fürchtbares Regiment in der Stadt geführt hatten, wurden vom nämlichen Schicksal ereilt, das sie so manchem Unschuldigen durch ihre Bluturteile bereitet hatten. Sie wurden an ihrer eigenen Gerichtsstätte, dem Prinzipalmarkt, zu Tode gemartert, ihre Leichname am Turme zur drohenden Warnung aufgehängt. Die blutige Revolution hat noch immer ihre eigenen Väter gemordet.

Ein Rundgang durch die Stadt zeigt uns noch mehr Zeugen der Vergangenheit. Münsters älteste Bauwerke, die heute noch bestehen, sind die Türme der Maurikirche, die 1064—1084 erbaut wurden. Unter den Profanbauten nimmt das im Jahre 1250 erbaute Rathaus den ersten Platz ein. Die jetzige Fassade erhielt das Rathaus im Jahre 1355. (Siehe Abbildung.)

Wir finden das Rathaus am Prinzipalmarkt. Fest und sicher gegründet steht es da, ein echtes Spiegelbild westfälischer Wesensart. Auf gedrungener Grundpfeilern, gleichsam im Boden wurzelnd, inmitten der alten Kaufhäuser des Marktes mit ihren Arkaden und hochragenden Sandsteingiebeln leuchtet es uns entgegen. Man braucht Münsters Geschichte nicht zu kennen, um beim Anblick des alten Marktes den Eindruck zu gewinnen, daß nur ein tatkräftiges und fleißiges Bürgertum solche Bauten errichten konnte. Diese Bauten sind Zeugen einer hohen Blüte von Handel und Gewerbe, auf die letzten Endes Größe und Wohlstand jeden Gemeinwesens beruhen.

Die Wappen an den Wänden des altehrwürdigen Rathaussaales erzählen von jener Blütezeit Münsters, als seine Kaufleute in Flandern und England, in den Ostseeländern, in Skandinavien, Livland und selbst in dem fernem Novgorod ihre Niederlassungen hatten. Sie erzählen von jenen Tagen, wo diese Kaufleute sich mit den anderen westfälischen Kaufleuten und dem Handel der rheinischen Städte zu Schuß und Trug zusammenschlossen. Die Größe der damaligen Zeit hat ihren Ausdruck gefunden in der Hansa, jener machtvollen Schöpfung deutschen Handelsgewisses, die auch in Münster ihr gewichtiges Wort in die Wagschale legen konnte.

Ein Kranz von grünen, gut gepflegten Anlagen, die Promenade, zu der die alten Festungsmauern und Gräben umgearbeitet sind, umschließt ringsumher den alten Stadtkern. Am Neutor schließen sich hier die Anlagen vor dem ehemaligen fürstbischöflichen Schlosse und der Schlossgarten an. Nicht mit Unrecht wird Münster „die Stadt im Grünen“ genannt. Schloß und Erdbrostenhof an der Salzstraße sind neben dem Rathaus wohl die hervorragendsten profanen Bauten.

Man hat Münster die Stadt der Kirchen genannt. Mit Recht, aus dem Stadtbilde ragt eine reiche Zahl dicht aneinander gereihter Kirchtürme empor. Der Dom ist mehr eine gewaltige massive Baumasse; aber in wundervoller Patina leuchtet das Grün seiner Kupferbedeckung hervor aus dem dunkleren Grün der Linden, die ihn umgeben. Im Innern tritt uns der großartigste Raum entgegen, den der spätromanische Stil in Westfalen geschaffen. Epitaphien der Renaissance und Barockzeit, feingearbeitete Werke eines Gerhard Grüninger wechseln mit der eleganteren seiner Nachfahren Johann Mauritz und Johann Wilhelm. Dampf dröhnt das schwere Pendel der berühmten astronomischen Uhr sein „Immer—Nimmer“ durch den stillen weiten Raum, vor dessen Haupteingang überlebensgroße Apostel in der Paradieshalle Wache halten. — Nicht weit grüßt der Turm der Heberwasserkirche, mächtig, truggewaltig; nicht minder reizvoll ist der achteckige Glockenturm der Ludgerikirche.

Die Entwicklung Münsters zur Großstadt vollzog sich verhältnismäßig langsam. Die Einwohnerzahl betrug im Jahre 1871 erst 24 821. Von da ab entfaltete sich, parallel mit dem allgemeinen Aufschwung, den Handel, Gewerbe und Industrie nahmen, auch in Münster ein äußerst reges Wirtschaftsleben. Die Einwohnerzahl stieg nunmehr von Jahr zu Jahr und schon vor dem Weltkrieg war die Zahl Hunderttausend überschritten.

An wirtschaftlicher Bedeutung wird Münster von anderen Städten Westfalens weit übertroffen. Die Großindustrie ist nur wenig vertreten, wie überhaupt die Industrie, mit Ausnahme der Textilindustrie, im Münsterlande keine beherrschende, überragende Stellung inne hat. Als Sitz des Oberpräsidenten der Provinz, des Regierungspräsidenten, eines Wehrkreiscommandos und einer Anzahl anderer Behörden ist die Beamtenchaft sehr stark vertreten. Ein Hafen des Dortmund-Ems-Kanals hat viel zur Belebung des Wirtschaftslebens beigetragen. Handwerk und Kunstgewerbe nehmen neben dem Handel die Hauptstelle im Wirtschaftsleben ein. Auch die erst 1902 zur Universität erhobene Hochschule trägt nicht wenig zur Belebung des Wirtschaftslebens bei.

In geistiger Beziehung gehört die Bevölkerung heute zum übergroßen Teile der positiven christlichen Richtung an, wenn auch nicht verschwiegen werden darf, daß der bürgerliche, im Gegensatz zu der Arbeiterschaft so genannte Flügel, wohl nicht zu dem sozialpolitisch am weitesten fortgeschrittenen gehört. Die Arbeiterschaft hat sich erst nach

langen schweren Kämpfen den ihr gebührenden Einfluß im öffentlichen Leben sichern können.

Die öffentlichen Werke und Betriebe, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahn sind in städtischer Hand. Beschäftigt werden in den städtischen Werken und Unternehmungen etwa 1000 Arbeiter. Mit geringen Ausnahmen sind diese in unserem Verbandsorganisationsbereich organisiert. Die Ortsverwaltung Münster umfaßte zu Ende des 2. Quartals einschließlich der in Provinzialbetrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen 938 Mitglieder und dürfte damit wohl die stärkste Ortsgruppe der Gewerkschaften in Münster überhaupt sein.

Sie ist stolz darauf, die Teilnehmer des Verbandstages als ihre Gäste begrüßen zu dürfen.

Die Vorbedingungen für den guten Verlauf des Verbandstages sind, soweit der Tagungsort dabei in Betracht kommt, gewiß gegeben. Möge er daher die auf ihn gesetzten Hoffnungen zum Wohl der Kollegenschaft erfüllen. In diesem Sinne ein

herzlich Willkommen in Münster!

Die christliche Arbeiterbewegung in Münster.

Mie eine jede Stadt in ihrer Anlage und Baulichkeiten ein eigenes Gepräge hat, so auch die Bevölkerung, nicht zuletzt die Arbeitnehmer. Die Verhältnisse, unter denen der Mensch sein Brot erwirbt, sind auch vielfach bestimmend für sein Denken, Fühlen und Handeln. Der Mensch ist doch zum guten Teile ein Produkt seiner Verhältnisse, wobei es immer noch ein großer Unterschied ist, ob er versucht, die Verhältnisse zu meistern, oder sich fast willenlos von diesen treiben läßt.

Die Stadt Münster erhält ihr Gepräge nicht von der Großindustrie, die kaum vertreten ist. Die natürlichen Vorbedingungen für dessen Ansiedelung, das Vorkommen von Kohle und sonstigen Rohstoffen fehlt, wie auch andererseits seitens der Stadtverwaltung verhältnismäßig wenig geschieht, um die Ansiedelung von großen oder mittelgroßen Betrieben zu fördern. Zudem bietet auch das landwirtschaftliche Münsterland wenig Möglichkeiten, Industrieerzeugnisse in der Nähe in größerem Umfange abzulassen. Der wirtschaftliche Aufschwung der Stadt ist in erster Linie auf den Umstand zurückzuführen, daß die Stadt der Sitz einer großen Anzahl von Behörden ist. Münster ist der Sitz des Oberpräsidenten der Provinz, der Provinzialverwaltung, des Regierungspräsidenten. Ferner befindet sich hier die Eisenbahndirektion, die Oberpostdirektion, Reichsbank, das Wehrkreiscommando, die Versicherungsanstalt für die Provinz Westfalen, und eine Reihe kleiner Behörden. Nicht ohne wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt sind die Universität, die geistlichen Behörden (Diözesanverwaltung mit dem Bischof an der Spitze und das evangelische Konsistorium). Vor wie nach ist Münster als eine Beamtenstadt anzusprechen. Infolge dessen ist auch das wirtschaftliche Leben auf die Befriedigung der direkten menschlichen Bedürfnisse zugeschnitten. Kleinhandel und handwerksmäßige Betriebe, mit ihren vielfach künstlerischen Leistungen, nehmen einen hervorragenden Platz ein.

Bei dieser Lagerung, bei dem Fehlen von Großbetrieben, ist es verständlich, wenn die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht so unvermittelt schroff aufeinanderplagen wie dort, wo überhaupt keine persönlichen Beziehungen mehr zwischen den beiden Faktoren der Produktion, Kapital und Arbeit, bestehen. Die Arbeiterschaft selbst ist noch sehr stark mit dem heimatlichen Boden und Art, mit Volkstum und Gebräuchen verwachsen. Infolgedessen konnte auch die marxistische Lehre vom Klassenkampf dort niemals so festen Fuß fassen, wie dort, wo alle diese Bindungen mit dem Volkstum gelöst sind.

Trotzdem machen sich auch hier starke soziale Spannungen bemerkbar. In der Textilindustrie des Münsterlandes bestanden schon in den neunziger Jahren christlich-soziale

Bereine. Als dann im Jahre 1899 der erste christliche Gewerkschaftskongreß in Mainz getagt hatte, die Gründung von Zentralverbänden beschlossen war, regte sich auch in der Stadt der Organisationstrieb der Arbeiter. Die Holzarbeiter und Bauarbeiter waren die ersten, die im nämlichen Jahre noch Zahlstellen am Orte gründeten. Heute umfaßt die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung, zusammengesetzt im Ortsauschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, über 6000 Mitglieder, die sich auf 20 Berufsgruppen verteilen. Selbstverständlich hat es bei der konservativen Einstellung der Arbeitgeber nicht an Kämpfen gefehlt, um Koalitionsrecht und Tarifvertrag Geltung zu verschaffen. Versuche, die städtischen Arbeiter zu organisieren, gehen auf das Jahr 1904 und 1905 zurück. Damals gelang es dem Vorläufer unseres Verbandes, dem der christlichen Hilfs- und Transportarbeiter, eine Sektion der Gemeindegewerkschaft zu gründen. Nachdem aber verschiedene Versuche, die Lohnverhältnisse zu bessern, eine Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung einzuführen, an dem Widerstande der Verwaltung gescheitert waren, ging auch die Sektion wieder in die Brüche. Auf dem Rathause wurde die bekannte Taktik verfolgt, Forderungen der Gewerkschaften wurden als unberechtigt abgelehnt, aber wenn die Kollegen das Vertrauen zum Verbandsorgan verloren hatten und ausgetreten waren, zeigte man ein kleines Entgegenkommen. Erst 1911 gelang es, eine ansehnliche Anzahl der städtischen Arbeiter für den Gewerkschaftsgedanken zu gewinnen. Als dann 1913 die Gründung unseres Verbandes beschlossen war, konnte die Ueberführung einer ansehnlichen Gruppe der Gemeindegewerkschaft erfolgen. Im folgenden Jahre brach der Krieg aus. Die Mehrzahl der Kollegen wurde zum Heeresdienst eingezogen. Doch ein kleines Häuflein blieb standhaft und hielt die Beziehungen zur Gesamtbewegung und der Hauptgeschäftsstelle notdürftig aufrecht. Nicht umsonst. Nach Beendigung des Krieges gelang es, verhältnismäßig schnell die zerstreuten Mitglieder wieder zu sammeln. Die alte Westfalentreue bewährte sich. Sie zu gewinnen war schwer, aber nachdem sie einmal einen Gedanken erfaßt, seine Richtigkeit erkannt haben, halten sie auch daran fest.

Außer den Münsterischen Gemeindegewerkschaften, Schulhausmeistern, Straßenbahnern, Staatsarbeitern usw., welche mit ihren Sektionen eine Ortsgruppe für sich bilden, besteht noch seit der Verschmelzung mit dem Krankenschwerverband im Jahre 1922, eine rührige Ortsgruppe der Krankenpfleger.

Im Ortsauschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes Münster bilden wir zur Zeit mit etwa 900 Mitgliedern die stärkste Gruppe. Die Zusammenarbeit mit dem Kartell der christlichen Gewerkschaften ist eine gute und erspriechliche.

Die dritte Tagung unseres Verbandes, abgehalten in einer Zeit, die für uns Arbeitnehmer recht ernst ist, die aber verlangt, daß zähe, dauernde, für die Zukunft berechnete Arbeit geleistet wird, paßt in den Rahmen westfälischer Wesensart: Der Westfale, etwas schwer empfänglich, dem Neuen skeptisch gegenüberstehend, abwartend, hält an dem, was er für richtig und gut erachtet, aber auch fest. Möge deshalb die Verbandsarbeit, welche in den Tagen vom 30. August bis 2. September 1925 von unserem Zentralvorstand und unseren Delegierten für unseren Verband, für unsere gesamte Arbeitnehmerschaft und damit auch für den Wiederaufstieg unseres geliebten Vaterlandes geleistet werden soll, eine fruchtbringende sein. Westfälische Zähig-

keit und starken Eigenwillen, zielbewußte, erprobte Mitarbeiter — sturm- und widerstandsfähig wie westfälische Eichen — brauchen wir. Eigenschaften dieser Art, gepaart mit Gelehrigkeit und Nächstenliebe werden unseren Verband vorwärts bringen. Möge unsere Tagung von diesem Geiste befeelt sein!

Verwaltungsstelle und Ortsgruppen Münster werden den Verbandstagsteilnehmern die ihnen zur Verfügung stehenden freien Stunden so angenehm wie möglich zu machen versuchen. In diesem Sinne entbieten dieselben allen Kollegen ein

Herzlich Willkommen!

Verzeichnis der zum Verbandstage gewählten Delegierten.

Wahlkreis	Name der Delegierten	Wohnung
1 Köln, Gemeinde	Wallraff Fritz Steffen Jakob Ammel Peter	Köln " Brühl bei Köln
2 Köln Str.	Möller Hermann Söntgen Johann	Köln "
3 Köln Beamte	Effer Robert	Köln
4 Aachen	Förster Gerhard	Aachen
5 Bonn	Wolff Otto	Bonn
6 Coblenz	Simons Johann	Coblenz
7 M.-Gladbach	Effer Josef	M.-Gladbach
8 Essen	Kleinfinke Johann	Essen
8a Bochum Str.	Matheus Karl	Lohbergbrücke bei Bochum
9 Barmen	Müller Paul	Barmen
10 Dortmund	Bischof Andreas	Dortmund
11 Düsseldorf	v. Amelen Matthias Kammann Peter	Düsseldorf Cleve
12 Münster Stadt	Beiser Anton	Münster
13 Lengerich	Goerge Heinrich	Lengerich
14 Straßenwärter Dortmund usw.	Becker Adolf	Weidenau a. d. Sieg
15 München	Bored Heinrich	München
16 Nürnberg	Grubmüller Georg	Nürnberg
17 Bamberg	Rupp Laver	Bamberg
18 Frankfurt	Dammann Josef	Frankfurt
19 Mannheim	Ell Karoline	Frankental
20 Karlsruhe	Maijer Hugo	Winnenden
21 Baden-Baden	Krumbüster Albert	Baden-Baden
22 Leipzig	Harnisch Edwin	Leipzig
23 Hannover	Bothe Hermann	Braunschweig
24 Berlin	Friedrich Karl	Berlin
25 Danzig / Ostpreuß.	Rogalewski Paul	Ohra bei Danzig
26 Breslau	Lehmann Wilhelm	Gleiwitz

Nachtrag zu den Anträgen der Ortsgruppen.

Dortmund. 1. Zu § 3 der Satzungen ist folgender Nachsatz hinzuzufügen: Schulung der Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder durch Konferenzen und Kurse.

2. Zu § 38. Erkrankte Mitglieder erhalten wenn die Erwerbsunfähigkeit länger wie 14 Tage dauert, die Krankenunterstützung vom vierten Tage ab.

3. Das Verbandsorgan erscheint in einem Umfange von 12 Seiten oder wöchentlich im bisherigen Umfange.

Die Ortsgruppe Köln macht darauf aufmerksam, daß ihr ein Schreibfehler bei der Niederschrift der Anträge unterlaufen sei. Sie beantragte nicht die Festsetzung des Sterbegeldes auf den 15- bis 40fachen Betrag des wöchentlichen Beitrages, sondern auf den 150- bis 400fachen Betrag.

Der Geschäftsbericht des Zentralvorstandes.

Ebenso wie zu dem ersten und zweiten Verbandstag hat der Zentralvorstand auch für den bevorstehenden einen schriftlichen Geschäftsbericht herausgegeben. Derselbe liegt bereits in einer 116 Seiten umfassenden Broschüre vor. Er umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1924. Bekanntlich bilden diese Jahre die Zeit, in der man von einer gewerkschaftlichen Krise, ja von einem Verfall der Gewerkschaften, sprach. Dementsprechend ist auch der Bericht, sowohl in seinem allgemeinen Teil, als auch in seinem Ueberblick über die gesamte gewerkschaftliche Entwicklung ausschlüssig und interessant. Ganz besonders eifrig wird jeder unserer mitarbeitenden Kollegen die Abschnitte der Broschüre studieren, die das Auf und Ab der Mitgliederbewegung unseres Verbandes behandeln. Er wird finden, daß nach sehr viel an gewerkschaftlicher Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu leisten ist. Ueber die erfolgreiche, wenn auch vielverfälschte Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten bringt die Aufstellung, über Tarif- und Lohnbewegungen und Versammlungstätigkeit, wertvolle Aufschlüsse. Vielleicht zieht der einzelne bei der Erfolgstabelle einmal Vergleiche zur Beitragshöhe und zum Verbandsvermögen. Wer aus der verhältnismäßig geringen Anzahl der Streiks den Schluß zieht, solche würden in Zukunft kaum noch eintreten, der bedenke, daß in vielen Fällen Abschlüsse nur durch die Schiedsstellen möglich waren. Daß unsere Arbeitgeber jedenfalls nicht gewillt sind, ohne weiteres unseren Wünschen entgegen zu kommen, zeigte ihre straffe Zusammenfassung, die aus dem Artikel „Die Unternehmerverbände“ zu ersehen ist. Die Berichte der einzelnen Bezirksleiter ergänzen die Zusammenstellungen des Zentralvorstandes und bringen Einblicke in die Verschiedenheiten der Verhältnisse in den einzelnen Landesstellen und das Verhalten der gegnerischen Organisationen uns gegenüber.

Alles in allem, der Bericht gehört in die Hand eines jeden Mitgliedes. Er bietet viel Material zur Belehrung von Unorganisierten und Beitragsrückerbergern. Der Preis beträgt 1.— M. für Mitglieder 0.80 M.

Schriftleitung und Verlag: Heinrich Cidmann (Köln);
Rotationsdruck: Rheinische Volkswacht.

